



Pro Pflege – Selbsthilfenetzwerk

Unabhängige und gemeinnützige Interessenvertretung
für hilfe- und pflegebedürftige Menschen in Deutschland
Vorstand: Werner Schell – Harffer Straße 59 – 41469 Neuss
Tel.: 02131 / 150779 – E-Mail: ProPflege@wernerschell.de
Internet: <http://www.pro-pflege-selbsthilfenetzwerk.de>

07.01.2013

An den Rhein -Kreis Neuss und die Städte und Gemeinden im Rhein-Kreis Neuss

Anschriften:

**Rhein-Kreis Neuss
Auf der Schanze 4
41515 Grevenbroich
info@rhein-kreis-neuss.de**

**Stadt Dormagen
Paul-Wierich-Platz 2
41539 Dormagen
stadtverwaltung@stadt-dormagen.de**

**Stadt Grevenbroich
Am Markt 3
41515 Grevenbroich
presseamt@grevenbroich.de**

**Gemeinde Jüchen
Am Rathaus 5
41363 Jüchen
gemeinde@juechen.de**

**Stadt Kaarst
Am Neumarkt 2
41564 Kaarst
info@kaarst.de**

**Stadt Korschenbroich
Sebastianusstraße 1
41352 Korschenbroich
stadt@korschenbroich.de**

**Stadt Meerbusch
Dorfstraße 20
40667 Meerbusch
service@meerbusch.de**

**Stadt Neuss
Markt 2
41460 Neuss
stadtverwaltung@neuss.de**

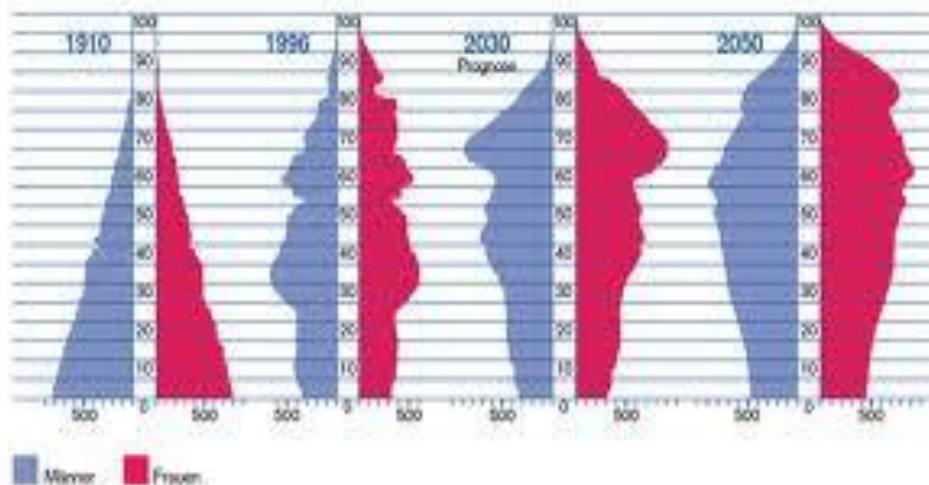
**Gemeinde Rommerskirchen
Bahnstraße 51
41569 Rommerkirchen
info@rommerskirchen.de**

Betr.: Quartierskonzepte im Rhein-Kreis Neuss – demografische Entwicklung und die Handlungserfordernisse

Sehr geehrte Damen und Herren,

die demografische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland wird zu vielfältigen gesellschaftlichen Veränderungen beitragen. Einmal wird die Zahl der älteren und pflegebedürftigen Menschen deutlich zunehmen. Andererseits wird es immer weniger Kinder geben, so dass sich die sog. Alterspyramide demnächst komplett anders darstellen wird. Wir werden also zukünftig eine Gesellschaft des längeren Lebens mit weniger Jüngeren sein!

ALTERSSTRUKTUR DER BEVÖLKERUNG IN TAUSENDER-ANGABEN



Die Bevölkerung wird von 2009 bis 2030 um 3,7 % zurückgehen. Das entspricht einem Rückgang um mehr als 3 Millionen Menschen. 2030 wird jeder Zweite älter als 49 Jahre sein (zum Vergleich: 2009 lag das sog. Medianalter bei 44 Jahre – Quelle: Deutschland im demographischen Wandel 2030 – Datenreport -; Bertelsmann-Stiftung, 2011). Die einzelnen Altersgruppen werden sich sehr unterschiedlich entwickeln (Klammerangaben für den Rhein-Kreis Neuss):

- Kinder unter 3 Jahre - 11,4 % (9,0 %)
- Kinder im Kindergarten (3 – 5 Jahre) - 9,6 % (7,9 %)
- Schüler in der Primarstufe (6 – 9 Jahre) - 12,1 % (12,1 %)
- Schüler in der Sekundarstufe I (10 – 15 Jahre) - 16,0 % (18,1 %)
- Schüler in der Sekundarstufe II (16 – 18 Jahre) - 20,3 % (22,5 %)
- Junge Menschen in Ausbildung und Studium (19 – 24 Jahre) - 25,2 % (21,9 %)
- Jüngere potenziell Erwerbstätige (25 – 44 Jahre) - 15,1 % (15,4 %)
- Ältere potenziell Erwerbstätige (45 – 64 Jahre) - 7,2 % (8,1%)
- Jüngere Rentner mit geringem Pflegebedarf (65 – 79 Jahre) + 23,6 % (14,6 %)
- Hochbetagte mit erhöhtem Pflegebedarf (über 80 Jahre) + 59,1 % (68,9 %)

Die Zahl der in Deutschland lebenden Menschen wird bis 2050 von derzeit gut 82 Millionen auf knapp 69 Millionen zurückgehen (= - 13 Millionen Menschen). Die Gesellschaft wird somit im Jahr 2050 völlig anders strukturiert sein. Es werden dann z.B. über 10 Millionen Menschen in Deutschland leben, die das 80. Lebensjahr überschritten haben (gegenüber rd. 4 Millionen im Jahr 2009).

Dies alles wird beträchtliche Folgen im gesellschaftlichen Miteinander haben und veränderte Anforderungen an die Sozialleistungssysteme stellen. Die Individualvorsorge wird möglicherweise eine noch größere Bedeutung erlangen. Insoweit Vorsorge zu treffen wird aber nicht einfach sein, weil es angesichts der ökonomischen Gegebenheiten nur unzureichende finanzielle Absicherungen geben wird, zum anderen werden die familiären Strukturen seltener als Betreuungsmöglichkeit zur Verfügung stehen. Eine exakte Voraussicht ist aber nicht möglich, weil viele Faktoren, die das zukünftige Miteinander bestimmen werden, nicht vorhersehbar sind.

In einem Papier der Bundesregierung zur Demografiestrategie vom 11.06.2012 heißt es einleitend:

„Der demografische Wandel wird in den kommenden Jahrzehnten Deutschland tiefgreifend verändern. Wir werden älter, wir werden weniger und unsere Gesellschaft wird vielfältiger. Dabei ist nicht die Frage, ob sich etwas ändern wird, sondern wie und was wir daraus machen.“

Die diesen Veränderungen zugrunde liegende Bevölkerungsentwicklung ist eigentlich seit Jahrzehnten bekannt, ist aber bislang nur unzureichend thematisiert worden. Der Handlungsbedarf ist aber für alle gesellschaftlichen Bereiche offensichtlich.

Erst Mitte der 90er Jahre ist die Alterung der Gesellschaft und die damit zusammenhängende Zunahme der Pflegebedürftigkeit als Lebensrisiko erkannt und daraufhin die Pflegeversicherung geschaffen worden. Dass aber dieses Versicherungssystem, als Teilkostenerstattung konzipiert, die Pflege, Betreuung und sonstige Versorgung im Falle von Hilfe- und Pflegebedürftigkeit nicht allein gewährleisten kann, ist mittlerweile deutlich geworden. Daher hat es Forderungen gegeben, die Pflegeversicherung grundlegend zu reformieren. Erste zaghafte Aktivitäten in dieser Richtung hat es 2008 und 2012 gegeben. Die Probleme sind damit aber keineswegs gelöst. Die finanziellen Aufbesserungen haben bezogen auf 1995 nicht einmal annähernd einen Inflationsausgleich herbeigeführt. Immer mehr pflegebedürftige Menschen fallen dementsprechend (erneut) durch das soziale Netz und müssen von der Sozialhilfe aufgefangen werden; eine Situation, die so nicht bleiben kann.

Die Anwendung des Pflegeversicherungsrechtes ist im Übrigen kompliziert, weil hier vielfältige von den BürgerInnen kaum durchschaubare Rechtsvorschriften zur Geltung kommen: Z.B. Arzt- und Patientenrecht, Betreuungsrecht, Heimrecht, Vertragsrecht, Haftungsrecht, Ordnungsrecht, Versicherungsrecht. Eine zusätzliche Erschwernis besteht darin, dass hier Bundes- und Landesrecht zusammen wirken und die Übersichtlichkeit, auch hinsichtlich der unterschiedlichen Verwaltungszuständigkeiten (Ministerien in Bund und Land, Heimaufsichtsbehörden, Krankenkassen, Pflegekassen, MDK usw.), arg beeinträchtigt worden ist. Man kann im Pflegesystem mit ruhigem Gewissen von einer unerfreulichen Rechtszersplitterung sprechen.

Daher erscheinen Reformen zwingend erforderlich. U.a. wird es vorrangig darum gehen müssen, den Pflegebedürftigkeitsbegriff neu zu formulieren (dementiell erkrankte Menschen müssen umfänglich in den Kreis der Leistungsberechtigten aufgenommen werden), den Pflegenotstand aufzulösen (bessere Zuwendung durch mehr Personal – weg von der Minutenpflege) und die Finanzierung des Systems solidarisch und zukunftsfest zu finanzieren (gute Pflege wird teurer werden).

Darüber hinaus sind aber auch die Kommunen gefordert, vor Ort Strukturen mit gestalten zu helfen, die ein möglichst langes Verbleiben älterer bzw. pflegebedürftiger Menschen in ihrer Wohnung bzw. ihrem Wohnumfeld gewährleisten (Schaffung von Quartierskonzepten).

Das Quartierskonzept gibt es wohl eher nicht. Solche Konzepte müssen sich an den vielfältigen Bedürfnissen der Menschen ausrichten. Aber ein gemeinsames Ziel kann formuliert werden: Versorgungssicherheit im Wohnumfeld (bis hin zu einer „Rund-um-Versorgung“).

Erst seit einigen Jahren gibt es im politischen Raum zaghafte Erörterungen dazu, wie hinsichtlich von sog. Quartierskonzepten zu reagieren und was zu verändern ist. In einigen Kommunen hat man die Handlungserfordernisse bereits erkannt und bürgernahe Versorgungsstrukturen angeschoben und auch durch finanzielle Zuwendungen gefördert.

Dies hat das Land Nordrhein-Westfalen dazu bewogen, im Zusammenhang mit der 2012 begonnenen Neuordnung des Pflege- und Heimrechtes einen „Masterplan altengerechte Quartiere NRW“ zu erarbeiten und bis Mitte 2013 der Öffentlichkeit vorzustellen. In diesem Plan sollen Anregungen (und keine Patentrezepte) für die Gestaltung von Quartierskonzepten gegeben werden. Jede Kommune soll ihren eigenen Weg gehen und die jeweiligen BürgerInnen-Interessen individuell aufgreifen können.

Ungeachtet des zu erwartenden Masterplanes zur Quartiersentwicklung rege ich hiermit an, bereits jetzt in allen Kommunen darüber zu befinden, wie mit dem rapide anwachsenden Bedarf an Hilfe-, Pflege- und Versorgungsstrukturen umzugehen ist. M.E. sollte insoweit nicht gezögert werden, weil die entsprechenden Veränderungen erkennbar sind und deutlich Handlungserfordernisse aufzeigen.

Die Neuss-Grevenbroicher Zeitung (NGZ) berichtete am 09.05.2012 zum Thema:

Rhein-Kreis Neuss - Demografischer Wandel ist ein Kraftakt

VON DANIELA BUSCHKAMP

Rhein-Kreis Neuss (NGZ). **Immer mehr Menschen werden immer älter, zugleich gibt es weniger Kinder und Jugendliche. Der "Demografische Wandel" stellt Kommunen vor neue Fragen bei Wohnraum, Infrastruktur, Freizeitangeboten und Bildungseinrichtungen.**

... (mehr) <http://www.ngz-online.de/rhein-kreis/nachrichten/demografischer-wandel-ist-ein-kraftakt-1.2823764>

In diesem Bericht wurden zahlreiche Aspekte des demografischen Wandels in den Kommunen beschrieben. Allerdings blieben die Erfordernisse, auch die Bedürfnisse der zunehmenden Hilfe- und Pflegebedürftigkeit aufzugreifen, weitgehend unerwähnt.

Es bedarf sicherlich keiner besonderen Erläuterung, dass mit der Zunahme der Alterung der Bevölkerung auch der Bedarf an gesundheitlichen und pflegerischen Dienstleistungen wachsen wird. Dies mögen einige Zahlen belegen:

Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen wird in Deutschland zurzeit mit rd. 2,46 Millionen (rd. 2/3 werden davon zu Hause versorgt = rd. 1,6 Millionen Menschen) angegeben (ab dem 80. Lebensjahr steigt die statistische Wahrscheinlichkeit, auf fremde Hilfe angewiesen zu sein, rapide an – auf nahezu 30%). Im Jahr 2030 werden es voraussichtlich mindestens 3,2 Millionen sein. Im Jahr 2050 wird die Zahl der Pflegebedürftigen nahe bei 5 Millionen liegen. Dabei wird allein die Zahl der dementiell erkrankten Menschen (etwa 2/3 mit einer Alzheimer-Demenz) von zurzeit etwa 1,4 Millionen im Jahr 2050 auf rd. 3 Millionen ansteigen (sofern kein Durchbruch in der Therapie gelingt).

Weitergehendes umfangreiches Zahlenmaterial (bis hin zu den Angaben der einzelnen Kommunen) haben das Amt für Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) bzw. das Statistische Bundesamt verfügbar.

Die notwendig werdenden Dienstleistungen im Gesundheits- bzw. Pflegesektor anzubieten, wird angesichts der abnehmenden Zahl Neugeborener und der deutlichen Zunahme von Singlehaushalten immer schwieriger werden. Der Spagat zwischen Berufstätigkeit und Pflege von Angehörigen wird im Bereich der ambulanten Versorgung zu einem Kraftakt. Offensichtlich gibt es insoweit kaum überzeugende Lösungen. Das Familienpflegezeitgesetz verdeutlicht die Misere: Nicht einmal 200 Personen haben (bis Ende 2012) die gebotene gesetzliche Hilfestellung angenommen.

Zu dieser Entwicklung könnten vielfältige Ausführungen angefügt werden, ob und wie das alles von der Gesellschaft geschultert werden kann. Es gibt viele Vorstellungen und Denkmodelle hinsichtlich einer möglichen Weiterentwicklung.

Eines scheint mir aber, abgesehen von den aufgezeigten notwendigen Reformen der Pflegeversicherung, sicher zu sein, dass wir uns alle in den örtlichen Gemeinschaften (Kommunen) beizeiten gut aufstellen müssen, um ergänzende (auch vielfältige ehrenamtliche) Hilfe- und Versorgungsstrukturen zu schaffen und Zug um Zug, den jeweiligen Bedürfnissen angepasst, weiter auszubauen. Damit sollte, soweit noch nicht geschehen, möglichst bald begonnen werden.

Der Landesverband der Alzheimer – Gesellschaften Nordrhein-Westfalen e.V. hat am 23.09.2012 in Düsseldorf ein Symposium „Demenzfreundliche Kommune“ durchgeführt und die hoch interessanten Vorträge (mit guten Lösungsansätzen) zum Download ins Netz gestellt (Quelle: <http://www.alzheimer-nrw.de/news.asp?item=89>). Die einzelnen Beiträge stehen wie folgt zum Download zur Verfügung:

- Demenzfreundliche Kommune - auch in ländlichen Gebieten, PDF 1MB (Anlagen, PDF 1MB) - Helmut Knepe, Sozialdezernent Kreis Siegen-Wittgenstein – Download: http://www.alzheimer-nrw.de/files/downloads/vortrag-knepe_121123.pdf
- Nordrhein-Westfalen unterstützt demenzfreundliche Kommunen, PDF 360KB - Markus Leßmann, Leiter der Abteilung Pflege, Alter, Demographische Entwicklung – Download http://www.alzheimer-nrw.de/files/downloads/vortrag-lessmann_121123.pdf
- Demenz ist lokal, PDF 860KB - Hans-Josef Vogel, Bürgermeister der Stadt Arnsberg – Download http://www.alzheimer-nrw.de/files/downloads/vortrag-vogel_121123.pdf

Ich rege daher an, dass sich die Kommunen im Rhein-Kreis Neuss diesem Thema möglichst bald und intensiv zuwenden und die notwendigen Strukturen mit gestalten helfen. Damit das alles ein wenig aufeinander abgestimmt erfolgen und auch kommunale Grenzen überschreitend ablaufen kann, würde ich es begrüßen, wenn der Rhein-Kreis Neuss die Federführung für die weiteren Maßnahmen übernehmen könnte. Dies bietet sich aus vielerlei Gründen an, zumal seitens des Rhein-Kreises Neuss bereits seit Jahren im Rahmen

der Gesundheitskonferenz und verschiedener Arbeitskreise („Demenz“, „Demenzfreundliche Kommune“, „Gesundheitsförderung im Alter“ – neuerdings auch ein Arbeitskreis „Arzneimittelversorgung älterer Menschen“) Erörterungen stattgefunden haben und reichlich Erfahrungswissen zusammen getragen werden konnte. Eine Federführung des Rhein-Kreises Neuss bei der Schaffung neuer Hilfe- und Versorgungsstrukturen wird die kommunalen Verantwortlichkeiten nicht einschränken können, aber gleichwohl ein hohes Maß an Übereinstimmung bei der Lösung der vielfältigen Probleme gewährleisten nach dem Motto, dass „das Rad nicht immer neu erfunden werden muss“. Es kann eigentlich davon ausgegangen werden, dass es eher keine Erkenntnis-, sondern allenfalls Umsetzungs- bzw. Durchsetzungsprobleme gibt.

Bei all diesen Erwägungen muss auch bedacht werden, dass die vorgeschlagenen Aktivitäten ohne eine solide Finanzierung kaum durchführbar sein werden. Daher sollten die Kommunen, auch, wenn die augenblickliche Haushaltslage keine großen Sprünge zulässt, ein wenig Geld in die Hand nehmen, um für ihre älteren MitbürgerInnen gute Wohn- und Versorgungsstrukturen gestalten zu können. Von hier wird vorgeschlagen, in einem ersten Schritt pro BürgerIn einen jährlichen Förderbetrag von 100 Euro vorzunehmen. Dieser Betrag könnte zwischen in den Kommunen und dem Rhein-Kreis Neuss in einem Verhältnis 2/3 zu 1/3 aufgeteilt werden. Der kleinere Finanzierungsanteil zu Lasten des Kreises erscheint allein deshalb gerechtfertigt, weil dort bereits zahlreiche Aufgaben mit Blick auf die pflegerische Versorgung angesiedelt sind und den Kreishaushalt belasten. Ergänzende Finanzmittel könnten ggf. über Spenden bzw. Projektförderung eingeworben werden. Darüber hinaus muss es um die Stärkung der Eigenverantwortung und selbsttragender Strukturen gehen.

Ergänzend wird angemerkt:

Der Sozialdienst Katholischer Männer e.V. (SKM) hat im Zusammenwirken mit Pro Pflege – Selbsthilfenetzwerk am 18.01.2012 bereits ein Quartierkonzept für den Neuss Stadtteil Erfttal gegründet mit der Folge, dass es hier vor Ort bereits zahlreiche Initiativen gibt in dem Bemühen, den älter werdenden Menschen gute Hilfe- und Versorgungsstrukturen zu Hause bzw. wohnortnah zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang soll alsbald mit einem Projekt mit präventiven Hausbesuchen begonnen werden. Vielfältige Informationsveranstaltungen ergänzen die bisherigen Quartiersbemühungen. So findet z.B. am 22.01.2013, 15.00 – 16.30 Uhr, die nächste Veranstaltung für alle interessierten BürgerInnen statt, bei der in Kooperation mit dem Demenz-Servicezentrum Düsseldorf über wichtige Neuerungen im Pflegeversicherungsrecht informiert wird. Frau Birgit Meyer wird als Referentin zur Verfügung stehen.

Am 28.05.2013, 17.00 – 19.00 Uhr, findet dann schließlich ein weiterer bundesweit ausgerichteter Pfl egetreff in Neuss-Erfttal statt, bei dem wir u.a. für einen erweiterten neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff werben und in allgemeiner Form über die Gestaltung von Quartierskonzepten sprechen wollen. Es werden dann wieder hochkarätige Podiumsgäste zur Verfügung stehen. Für das Thema „Pflegebedürftigkeitsbegriff“ wird besonders Herr Dr. Jürgen Gohde, Vorstand des Kuratoriums Deutsche Altershilfe, das Wort erheben. In Vertretung der Gesundheits- und Pflegeministerin, Frau Barbara Steffens, wird Herr Ministerialdirigent Markus Leßmann auf dem Podium sitzen und vor allem die landespolitischen Absichten zum „Masterplan Quartierskonzept NRW“ erläutern können. Beim Pfl egetreff wird unser Landrat, Herr Hans-Jürgen Petrauschke, ebenfalls anwesend sein und ein Grußwort sprechen.

Nähere Informationen zum Pfl egetreff am 28.05.2013 finden Sie – stets aktualisiert – unter folgender Adresse <http://www.wernerschell.de/forum/neu/viewtopic.php?t=18156>

Ich lade Sie alle dazu ein, an unserem Pfl egetreff am 28.05.2013 teilzunehmen und ggf. für die Ausgestaltung altengerechter Hilfe- und Pflegestrukturen Anregungen mitzubringen oder mitzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

(Werner Schell)

Die vorstehende Zuschrift wird als Brief und zeitgleich als E-Mail verschickt!

Pro Pflege – Selbsthilfenetzwerk

führt regelmäßig **Pfl egetreffs** mit bundesweiter Ausrichtung durch.
ist **Kooperationspartner** der „**Aktion Saubere Hände.**“
ist Initiator bzw. Mitbegründer des **Quartierkonzeptes Neuss-Erfttal.**
ist Unterstützer von "**Bündnis für GUTE PFLEGE**".
ist Unterstützer der "**Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen**".

